

1. Gorleben ist nicht zu beanstanden

Die Opposition ist mit ihrem Versuch gescheitert, die Erkundung zu skandalisieren. Am 13.09.2012 fand die Zeugenvernehmung im Gorleben-Untersuchungsausschuss statt. Dazu erklärt der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Reinhard Grindel: "Die Erkundung des Salzstocks Gorleben war fachlich nicht zu beanstanden und ist ohne eine politische Einflussnahme vorgenommen" worden.

http://www.cducsu.de/Titel__pressemitteilung_erkundung_in_gorleben_nicht_zu_beanstanden/TabID__6/SubTabID__7/InhaltTypID__1/InhaltID__22945/Inhalte.aspx 13.09.2012

Siehe dazu auch : http://www.buerger-fuer-technik.de/body_historie_von_gorleben.html:

- Ende 1977 hatte der Landkreis eine „**Gorlebenkommission**“ einberufen, die bis zur Auflösung im Jahr **1991 in mehr als 70 Sitzungen als Forum für die Lokalpolitiker die Vertreter der Bürgerinitiativen und der Presse fungierte.**
- Im Jahr 1983 stellte die **PTB** (Physikalisch-Technische Bundesanstalt in Braunschweig) fest, dass die **Eignungshöflichkeit von Gorleben erfüllt** ist. Die Bundesregierung stimmte zu. Daraufhin wurde das Erkundungsbergwerk Gorleben angefahren.

2. Das KKW Fessenheim/Elsass soll Ende 2016 stillgelegt werden .Die Stromversorgung für die Region werde auch nach der Schließung des KKW Fessenheim sichergestellt, betonte der sozialistische Staatschef. Die beiden Druckwasserreaktoren des Atomkraftwerks wurden 1977 und 1978 in Betrieb genommen und sind damit die ältesten noch in Betrieb befindlichen in Frankreich. Im vergangenen Jahr gab die **französische Atomaufsicht ASN grünes Licht für eine Laufzeitverlängerung von Fessenheim um weitere zehn Jahre**, ordnete allerdings umfangreiche Nachbesserungen an. (Stern 14.09.2012)

3. Japan will den Atomausstieg - in ferner Zukunft Japan will schrittweise aus der Atomenergie aussteigen. Die Regierung wolle "alle möglichen Maßnahmen" ergreifen, um dieses Ziel zu erreichen. Das gesamte Kabinett soll den Vorschlag prüfen und zu einem späteren Zeitpunkt formell beschließen. Ein genauer Zeitpunkt des Atomausstiegs wurde allerdings noch nicht bekannt gegeben. Das von den Kabinettsmitgliedern beschlossene Energiekonzept befasst sich mit der Dekade beginnend 2030. **Zuvor sollen Reaktoren, wenn die neue Regulierungsbehörde sie als sicher eingestuft habe, jedoch wieder hochgefahren werden**, gab Ministerpräsident Yoshihiko Noda bekannt Vor dem Unglück hatte das Land ein Drittel seiner Energie aus Atomkraft bezogen

<http://www.tagesschau.de/ausland/japan-atomausstieg102.html>, NucNet Weekly News Review / 14. September 2012

4. Nachtspeicherheizungen, die bis 2020 ausgemustert werden sollten, **dürfen wohl doch weiter betrieben werden.** Die neue Energieeinsparverordnung kippe das 2009 eingerügte Verbot, berichtete die „Wirtschaftswoche“ unter Berufung auf die beteiligten Bundesministerien. Die Geräte würden künftig als Speicher für die großen Mengen erneuerbarer Energien gebraucht.(FAZ 17.09.2012)

5. Schwimmende Windräder noch in der Testphase. Für den Offshore-Einsatz finden sich nur selten so flache Gewässer wie in Nord- und Ostsee, in denen die "Mühlen" auf festem Boden stehen können. Ab 50 m Wassertiefe gilt der feste Fundamentbau als unwirtschaftlich. Ein Grund, warum zurzeit erste Testläufe mit schwimmenden Fundamenten für Windkraftanlagen auf See laufen.Der erste Test war erfolgreich. **Im Herbst 2009 installierte Statoil mit einer 2,3-MW-Turbine von Siemens die erste serienmäßige Windkraftanlage der Welt auf einer im Ozean schwimmenden Struktur.** <http://www.vdi-nachrichten.com/artikel/Schwimmende-Windraeder-noch-in-der-Testphase/60361/2> 14.09.2012

6.RWE-Manager Vahrenholt kritisiert Panikmache um den Klimawandel: <http://www.noz.de/deutschland-und-welt/politik/66556412/rwe-manager-vahrenholt-wirft-universitaet-osnabrueck-maulkorb-strategie-vor-und-kritisiert-panikmache-um-den-klimawandel> Neue Osnabrücker Zeitung 11.09.2012

7. Die EU verabschiedet sich von ihrer Klima-Vorreiterrolle. Ehrgeiziges Ziel zur Treibhausgasreduktion aufgegeben. Die Europäische Union hat sich offenbar endgültig von dem Ziel verabschiedet, den Treibhausgasausstoß bis 2020 einseitig um 30 % zu reduzieren. Die EU will sich nur noch dazu verpflichten, den Ausstoß von Gasen wie Kohlendioxid - wie schon vor Jahren zugesagt - um 20 %, verglichen mit dem Niveau von 1990, zu reduzieren. Besonders Polen, aber auch Bulgarien und Rumänien sperren sich gegen ehrgeizige Klimaziele. Auch innerhalb der EU-Behörde gebe es wachsende Zweifel, ob die Strategie erfolgreich sei, in den Verhandlungen mit immer neuen einseitigen Klimaschutzangeboten voranzupreschen. (FAZ 05.09.2012)

8. Auf dem Gebiet der Stromwirtschaft stecken wir schon tief in der Planwirtschaft, an die Frau Merkel wohl immer noch glaubt. "Aus Sorge vor Stromausfällen im nächsten Winter will die Bundesregierung die **Betreiber von thermischen Kraftwerken (Gas- und Kohlekraftwerke) gesetzlich zwingen, auch dann am Netz zu bleiben, wenn das für die betroffenen Unternehmen nur mit Verlusten möglich ist**". (FAZ, 17.09.2012, S. 11)